

# Volksabstimmung zur Privatschulinitiative am 30. November 2008!

Von Bea Fünfschilling

**Wie den Medien zu entnehmen ist, soll der Abstimmungstermin über die freie Schulwahl innerhalb der Volks- und Privatschulen auf den 30. November dieses Jahres festgelegt werden. Wir befürworten diese Planung, da der Kanton BL Pilotkanton ist und so frühzeitig ein Zeichen gesetzt wird.**

## **Initiative zur Ablehnung empfohlen**

Der Bildungsrat hat dem Regierungsrat die Initiative mit «aller Entscheidung» zur Ablehnung empfohlen. Dieser ist der Meinung des Bildungsrates gefolgt, hat aber einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der die Verdoppelung des bisherigen kantonalen Beitrags, neu aber aufgeteilt auf die Schulträger, vorsieht.

Nun hat auch die landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommissi-

on ihre Beratungen zu Ende geführt und empfiehlt dem Landrat ebenfalls mit deutlichen 9:1 Stimmen die Initiative abzulehnen. Ebenso lehnt sie den Gegenvorschlag der Regierung ab und schlägt dem Landrat als abgeänderten Gegenvorschlag die Erhöhung des bisherigen kantonalen Privatschulbeitrags von Fr. 2000.– auf Fr. 2500.– mit der Möglichkeit der Teuerungsanpassung vor.

**Auch der LVB lehnt die Initiative ab.**

## **Kommentar zu Aussagen von NR Gerhard Pfister im bz-Interview vom 4. August 2008**

Der LVB kommentiert im Folgenden Aussagen von CVP NR Gerhard Pfister, Präsident des Verbands Schweizerischer Privatschulen, selber Geschäftsführer einer Privatschule und Befürworter der freien Schulwahl.

**Vorbemerkung:** Die Initiative gibt vor, dass der Unterricht an nichtstaatlichen Schulen in der ganzen Schweiz von den Schulträgern des Kantons BL (Gemeinden für Kindergarten und Primar-, der Kanton für die Sekundarstufe I und II) für Kantonseinwohner entsprechend den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen finanziert wird. In der landrätlichen Vorlage sind die Durchschnittskosten der einzelnen Schulstufen wie folgt festgelegt:

Kindergarten	Fr. 8'471.–
Primarschule	Fr. 12'118.–
Sekundarstufe I	Fr. 16'588.–
Sekundarstufe II	Fr. 23'059.–

**Liegen die Unterrichtskosten einer Privatschule über diesen Durchschnittswerten, müssen die Eltern das Schulgeld in Zukunft vollumfänglich selber bezahlen, weil der Zugang zu einer Schule finanziell nicht eingeschränkt sein darf und die Eltern deshalb nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden dürfen. Der heutige kantonale Beitrag würde entfallen.**

## **Aussagen und Kommentar**

- **Gerhard Pfister:** Die grosse Nachfrage nach Privatschulen liegt hauptsächlich daran, dass Leute, die in global tätigen Firmen arbeiten, international kompatible Schulabschlüsse verlangen (IB = International Bachelor). Schweizereltern suchen vermehrt nach Tagesschulen, was als Alarmzeichen angesehen werden muss.

**Kommentar LVB:** Die Privatschulen, die aufgrund der vorgegebenen Durchschnittskosten für die freie Wahl überhaupt noch in Frage kämen, bieten die gewünschten international anerkannten Abschlüsse nicht an. Die von den angesprochenen ausländischen Arbeitnehmern bevorzugte Schule ist in unserem Kanton die Inter-

national School, die mit Grossfirmen unter Vertrag steht und sich auch bei Annahme der Initiative der Allgemeinheit nicht öffnen könnte, da sie voll ausgelastet und auch zu teuer ist, um die Vorgaben der Initiative einhalten zu können.

Zu bezweifeln ist, dass Schweizereltern vermehrt obligatorische Tagesschulen suchen. Vielmehr wünschen sich viele Blockzeiten und freiwillige Tagesbetreuungsangebote, die sie bei Bedarf in Anspruch nehmen können. Das Bildungsgesetz gibt eine solche bedarfsgerechte Tagesbetreuung denn auch vor. Nur schade, dass diese Vorgabe fünf Jahre nach Inkrafttreten noch nicht flächendeckend umgesetzt ist. Die Volksschule wird dieses Angebot aber auf Druck der Politik zur Zufriedenheit der meisten Eltern in absehbarer Zukunft aufgebaut haben.

- **GP:** Die Gründe, weshalb es die Staatsschule nicht mehr schafft, attraktiv zu sein, liegen im Tabuthema des erhöhten Ausländeranteils und in den ewigen Reformdiskussionen auf der Stufe der Volksschule.

**Kommentar LVB:** Einverstanden. Die Annahme der Initiative würde diese

Problembereiche aber noch zusätzlich erheblich verschärfen. Im Unterschied zu Privatschulen muss die Volksschule ungeachtet der Privatschulangebote weiterhin jedem Kind einen Unterrichtsplatz zur Verfügung stellen. Die Privatschulen hingegen können bei Auslastung oder bei unerwünschten Kunden ein Besetztsymbol an die Türe hängen!

- **GP:** Wenn jeder Schüler ein Bildungskonto von geschätzten Fr. 20'000.- bekommt, muss der Staat auch bestimmen, bei welchen Schulen man das Geld einlösen kann und er muss die Lehrpläne der Privatschulen kontrollieren.

**Kommentar LVB:** Der staatliche Aufwand für die angesprochenen Bewilligungs- und Kontrollverfahren würde in nicht absehbare Höhen steigen, insbesondere da der Kanton seine Aufsichts- und Bewilligungspflicht auf die ganze Schweiz ausdehnen müsste und vermehrt auch ausländische Privatschulen von den verlockenden Staatsgeldern angelockt würden. Ein unvorstellbarer und kaum befriedigend zu erfüllender Auftrag.

Für die Volksschule sind die Fr. 20'000.- viel zu hoch gegriffen (s. Vorbemerkung). Wenn laut GP Internatsschulen zwischen Fr. 50'000.- und Fr. 80'000.- und private Tagesschulen ohne Internat rund Fr. 25'000.- pro Jahr kosten, dann kämen bei einer Annahme der Initiative nur ganz wenige Privatschulen für die freie Wahl in Betracht. Die meisten würden den gut Betuchten vorbehalten bleiben. Die Initiative würde höchstens bezwecken, dass z.B. die Rudolf-Steiner-Schule auf Kosten des Steuerzahlers finanziert würde. Nur wenige kämen aber in den Genuss, da die Schule nicht wie die Staatsschule verpflichtet wäre, Platz für alle Interessierten zu schaffen.

- **GP:** Bei der Debatte um die freie Schulwahl ist nur schon gut, dass Pri-

vatschulen aus ihrer Nischenecke herausfinden und dass der Staat sie nicht belächelt, wie dies bis vor einigen Jahren der Fall war.

**Kommentar LVB:** Der Staat bzw. der Kanton BL hat die Privatschulen nie «belächelt», sonst würde er Kindern mit speziellen Bedürfnissen private Ausbildungen, die er selber nicht anbieten kann, nicht vollumfänglich bezahlen. Auch würde er als fast einziger Kanton Privatschulbesucher nicht mit einem Beitrag von bisher Fr. 2'000.- unterstützen.

- **GP:** Jetzt gibt es immer mehr Eltern, die für ihre Kinder eine möglichst gute Ausbildung wollen und deshalb Privatschulen wählen. Und: Privatschulen können bessere Ausbildungsgänge bieten als Staatsschulen.

**Kommentar LVB:** Diese Aussagen implizieren, dass Privatschulen grundsätzlich bessere Ausbildungen bieten als die Staatsschule.

- Weshalb haben denn Schülerinnen und Schüler, die von Privatschulen an die Staatsschule übertreten, in vielen Fällen grosse fachliche Anschlusschwierigkeiten?

- Weshalb machen die Privatschulen nicht an den Orientierungs- oder selten an andern Leistungsvergleichen mit den Staatsschulen mit?

- Und weshalb schneiden private Gymnasien z.B. bei Wettbewerben – wenn sie überhaupt mitmachen – schlechter ab als staatliche?

- **GP:** Erfahrungen aus Holland und Skandinavien zeigen, dass gewisse (als gut geltende) Schulen nicht überrannt würden, denn der Entscheid der Eltern, wo ein Kind in die Schule geht, ist ein ökonomischer. Die Schulwegkosten sind ein wichtiger Faktor. Kinder würden nicht durch die ganze Stadt gekarrt, weil es unökonomisch ist.

**Kommentar LVB:** Danach würden also nur Eltern, die in der Nähe einer Privatschule wohnen oder diese für

ihre Kinder mit öV oder Velo leicht erreichbar wäre, von der «freien» Schulwahl Gebrauch machen. Quod erat demonstrandum: Die Initiative gaukelt der ganzen Bevölkerung die freie Schulwahl vor, kann aber das Versprechen bei Bewohnern z.B. des oberen Kantonsteils nicht einlösen und ist zu tiefst ungerecht.

- **GP:** Ein Beispiel für ein Totschlag-Argument der Gegner ist die Behauptung, die freie Schulwahl gefährde das staatliche Schulsystem.

**Kommentar LVB:** Aber sicher tut sie das! Privatschulen könnten weiterhin ihre Kunden aussuchen, denn wer sollte und könnte Anmelde Listen und sonstige Auswahlverfahren der Privatschulen überprüfen oder wer würde kontrollieren können, ob das kurzfristige Besetztschild bei unliebigen Bewerbern nicht Abhilfe schaffen würde? Solche Möglichkeiten haben öffentliche Schulen nicht, und diese Ungleichbehandlung von Schulen, die alle gleichermaßen durch Steuergelder finanziert würden, ist mehr als stossend, vor allem, weil der Zweiklassengesellschaft Tür und Tor geöffnet wird. Auch innerhalb der Staatsschule wäre die Umstellung organisatorisch nicht ohne Verluste zu bewältigen.

- **GP:** Die Jugend ist viel besser als ihr Ruf. Es ist erstaunlich, zu welchen Leistungen Jugendliche heute bereit und fähig sind.

**Kommentar LVB:** Das ist grossmehrheitlich auch an der Staatsschule so, nur gibt es dort eben auch Nullbock, Unerzogenheit und Gewaltbereitschaft. Wenn Eltern bezahlen müssen, ist ihr Interesse an der Leistung und am guten Benehmen ihres Sprösslings sehr viel grösser, denn im Gegensatz zur Volksschule besteht die Möglichkeit eines endgültigen Schulverweises. Es darf nicht sein, dass die Durchmischung an der öffentlichen Schule in Gefahr gerät und sie zur Restschule wird wie in vielen andern Ländern.

- **GP:** *Lehrer verdienen in Privatschulen eher weniger, möchten aber in einem kleineren Team arbeiten und eine intensivere Lehrer-Schüler-Beziehung aufbauen...*

**Kommentar LVB:** ...oder den hektischen Reformprojekten der Staatsschule, deren optimierenden Wert sie zurecht in Frage stellen, ausweichen...

... oder der stetig steigenden Heterogenität der Klassen entfliehen...

... oder nur mit einem gehobeneren Niveau von Schülern und Eltern konfrontiert sein...

... oder schwerwiegenden Disziplinarschwierigkeiten aus dem Weg gehen

... oder...

Auch ohne freie Schulwahl steht es jeder Lehrperson offen, sich an einer Schule ihrer Wahl zu bewerben. Daran würde sich nichts ändern.

Mit der freien Schulwahl – wäre sie denn überhaupt umsetzbar – müssten sich die Privatschulen an die staatlichen Vorgaben halten und würden ihre Privilegien und ihre weitgehende Unabhängigkeit vergeben. Gerade das wollen aber die Kunden nicht. Die öffentliche Schule dagegen hätte mit Organisationsproblemen zu kämpfen und würde zur Restschule verkommen.

**Das kann nicht im Interesse des Steuerzahlers liegen. Deshalb ein überzeugtes NEIN zu dieser unsinnigen Privatschulinitiative!**

